

Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
05/2015



P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Liebe FreundInnen!

Wie wollen wir in Österreich und Europa mit der steigenden Anzahl von Flüchtlingen umgehen, die verzweifelt versuchen über das Mittelmeer zu uns zu kommen? Wie können wir verhindern, dass fast täglich Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken? Was haben die Staats- und Regierungschefs der EU bei ihrem letzten Treffen beschlossen und reicht das aus, um solche Tragödien in Zukunft zu verhindern?

Um diese Fragen ging es am Montag in einer Sondersitzung des Nationalrats, in der der Bundeskanzler vom Flüchtlingssondergipfel des Europäischen Rates berichtete.

Besonders schockiert hat mich einmal wieder die zynische und menschenverachtende Einstellung der FPÖ, die alle Flüchtlinge kriminalisierte und so tat, als handele es sich bei ihnen um Menschen, die einfach zu faul sind und sich lieber bei uns ins gemachte Nest setzen wollen. Das verkennet vollkommen die Lebenswirklichkeit dieser Menschen, die zumeist vor Krieg, Gewalt, Hunger, Krankheit und vollständiger Perspektivlosigkeit in ihrer Heimat geflohen sind. Ungeachtet der Frage, ob sie bei uns letztendlich einen Anspruch auf Asyl zuerkannt bekommen oder abgewiesen werden und wieder in ihre Heimat zurück müssen - das Recht auf respektvollen Umgang und die Achtung ihrer Menschenwürde haben sie in jedem Fall. An diesen menschlichen Mindeststandard sollte sich auch die FPÖ halten.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

Thema

Parlaments-Sondersitzung zu Flüchtlingstragödien: Leben retten als erstes Ziel – Gerechte Flüchtlingsquoten in Europa

Bundeskanzler Werner Faymann informierte über die Erhöhung der EU-Mittel für Seenotrettung, die der EU-Sondergipfel beschlossen hat, und er forderte erneut einen gerechteren Aufteilungsschlüssel für Flüchtlinge in Europa. Sowohl der Kanzler als auch SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder pochten auf einen Plan von Außen- und Finanzminister zur Aufstockung der österreichischen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (EZA).

Das Mittelmeer sei ein "riesiges Grab" für viele Menschen geworden, die auf der Flucht vor Krieg und untragbaren Zuständen versuchen, nach Europa zu kommen, so Bundeskanzler Werner Faymann zur Flüchtlingskatastrophe. Als kurzfristige Maßnahme hat die EU die Installierung der Seenothilfe beschlossen, was Leben retten werde. Nachhaltige Lösungen für die Flüchtlingsproblematik sollen dann bei einem Treffen der EU mit afrikanischen Regierungsverantwortlichen in Malta besprochen werden.

Der Kanzler bekräftigte seine Forderung nach einer EU-weiten Quote für die Unterbringung von Asylwerbern. Erfreulicherweise ist die Diskussion darüber in Europa nun in Gang gekommen. Asyl ist "kein Gnadentat, sondern ein Menschenrecht", so der Kanzler.

Schieder: Österreichs Mittel für Entwicklungszusammenarbeit erhöhen

Angesichts der humanitären Katastrophe im Mittelmeer muss das Retten von Leben oberstes Ziel sein, betonte auch SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder in der Debatte. Insgesamt fordert Schieder eine ganzheitliche Strategie der EU: "Es braucht einen humanitären Ansatz, wirtschaftliche Entwicklung, ökologische Nachhaltigkeit, Friedenssicherung, Entwicklungszusammenarbeit und die Entwicklung demokratischer Strukturen." Angesichts der niedrigen österreichischen EZA-Mittel müssen der zuständige Außenminister und der Finanzminister nun einen Stufenplan zur Erhöhung vorlegen.

Entschließungsantrag: Nationalrat fordert Ausbau von Seenotrettung und legale Einreisemöglichkeit

Die Forderungen der SPÖ fanden auch Niederschlag in einem **Entschließungsantrag von SPÖ und ÖVP, der auch mit den Stimmen von Grünen, Neos und Team Stronach beschlossen wurde**: Darin verlangen die Abgeordneten von der Regierung, den Ausbau von Such- und Seenotrettungsprogrammen zu unterstützen sowie eine solidarische Aufteilung von Flüchtlingen auf die einzelnen EU-Mitgliedstaaten zu forcieren. Außerdem soll eine legale und sichere Einreise für schutzsuchende Menschen ermöglicht werden. Weitere Forderungen des Parlaments in dem Antrag: Mehr Aufnahmekapazitäten für Flüchtlinge in Nordafrika, die Entwicklung einer EU-Strategie für Afrika und eine aktive Außenpolitik, die zum Frieden in der Region beiträgt.

Reden

Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! In einem Punkt, Herr Kickl, gebe ich Ihnen recht (*Abg. Belakowitsch-Jenewein: In allen können Sie ihm recht geben!*), in genau einem Punkt: Sie haben gesagt, uns trennen Welten, und das kann ich nur unterstreichen. (*Beifall bei SPÖ und Grünen sowie bei Abgeordneten von ÖVP, Team Stronach und NEOS.*)

Die Menschen, die versuchen, über das Mittelmeer nach Europa zu kommen, diese Menschen fliehen vor Terroristen, die fliehen vor Bürgerkriegen. (*Rufe bei der FPÖ: Ja, ja, natürlich!*) – Ja, Sie lachen! (*Abg. Kucharowits: Wirklich beschämend ...!*) Sie fliehen vor dem Verhungern, und sie fliehen vor tödlichen Krankheiten. Diese Menschen, die versuchen, nach Europa zu kommen, die kennen den Tod. Sie haben ihre Eltern verloren, sie haben vielleicht ihre Kinder verloren. Sie wissen nicht, wo ihre Geschwister sind, wo ihre Bekannten sind. Sie haben dem Tod ins Auge geschaut, und vor diesem Tod fliehen sie. Ich glaube, das ist ihr gutes *Recht*, das zu tun. (*Abg. Hübner: Das ist aber nur ein Glaube ...!*) – Nein, das ist kein Glaube, das ist eine Tatsache. (*Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten von Grünen und Neos.*)

Angesichts dieser Hintergründe ist die Diskussion schon manchmal sehr zynisch. (*Ruf bei der FPÖ: Zynisch ist leider was anderes!*) Nachdem ich Ihnen zugehört habe, kann man das nur so sagen. Ich frage mich, wie steht es eigentlich um unser Europa? Wie steht es eigentlich um unsere Werte, wenn so eine zynische Diskussion geführt wird? (*Ruf bei der FPÖ: Zynismus ist, die Schlepper...!*)

Manchmal wurde auch gegen die Seenoithilfe gewettert oder argumentiert, weil es ja die Gefahr der Nachahmung gibt. Aber, meine Damen und Herren, was würde das im Umkehrschluss heißen? Heißt das im Umkehrschluss dann: Wir schauen zu,

wenn die Menschen ertrinken, denn das dient der Abschreckung? – Mit so einer Politik, meine Damen und Herren, lösen wir keineswegs das Flüchtlingsproblem, sondern beerdigen unsere eigenen Werte gemeinsam mit den Toten im Mittelmeer. *(Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der Grünen.)*

Die heute schon oft angesprochene Seenotrettung ist unsere Pflicht und *eigentlich* bedarf sie überhaupt keiner Diskussion. Sie ist unsere Pflicht, und es gibt in dieser Frage keinen politischen Spielraum, den Sie hier ansprechen. *(Zwischenruf des Abg. Matznetter. – Abg. Kickl: Ich finde Sie nicht auf der Rednerliste!)* |

Ich bin daher froh, dass die Fürsprecher dieser Abschreckungspolitik sich nicht durchsetzen konnten und die jetzt beschlossene Verdreifachung der Mittel auf das damalige Niveau von Mare Nostrum gegeben ist, wobei ich schon hinzufügen möchte: Ich bin der Meinung, dass die EU der 28 mehr schultern könnte als das, was Italien in einem ganzen Jahr geleistet hat. *(Ruf bei der FPÖ: Was können wir schultern?)*

Die EU sollte aber auch in der Lage sein, die Aufgaben insgesamt solidarischer zu lösen. Ich unterstütze daher ausdrücklich die Position der Regierung, bis Juni in der EU eine gemeinsame Quotenregelung zu finden. Es kann nicht so bleiben, dass sich einige wenige Staaten kümmern und der Rest einfach wegschaut. Sich um die Flüchtlinge zu kümmern, ist eine gesamteuropäische Aufgabe.

Auch der nächste Punkt wurde schon angesprochen: Wir müssen einen neuen, besser berechneten Schlüssel für die Flüchtlingsaufnahme finden, wir brauchen aber auch einheitliche Standards bei der Anerkennung von Flüchtlingen, ganz zu schweigen von den Mindeststandards für die Versorgung von Flüchtlingen. Auch das Dubliner Abkommen muss man sich genauer anschauen und möglicherweise ändern. *(Abg. Kickl: Ah so?)*

Die Seenotrettung ist Pflicht, sie ist aber sicher nicht die Lösung der Flüchtlingsfrage. Ebenso wenig ist die Lösung in der Bekämpfung von Schlepperbanden zu finden. Sicherlich muss man gegen sie vorgehen, das ist keine Frage, aber lösen werden wir damit das Problem der Flüchtlingsströme nicht, denn auch diese Rechnung geht nicht auf. Nicht zu viele Schlepper führen zu vielen Flüchtlingen, sondern: Es gibt so viele Schlepper, weil es so viele Flüchtlinge gibt.

Es gibt eigentlich nur ein wirksames Mittel, um Flüchtlingsströme zum Erliegen zu bringen: Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen erst gar nicht mehr flüchten müssen. Das zeigt aber, dass es keine kurzfristigen Lösungen gibt. Wir brauchen einen langen Atem, wir brauchen langfristige Strategien für Afrika und den Nahen Osten, um dort Frieden zu schaffen, und wir brauchen eine bessere Kooperation mit unseren afrikanischen und arabischen Partnern. *(Abg. Kickl: Das klingt ja fast neokolonialistisch!)* Ebenso wird es wichtig sein, dass von Österreich aus der Beitrag für

die Entwicklungszusammenarbeit aufgestockt wird. – Danke schön. (Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten von ÖVP und Grünen.)

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Nationalrat - Muttonen: Nicht die eigenen Werte gemeinsam mit den Toten im Mittelmeer beerdigen \(04.05.2015\)](#)

Präsidium der OSZE-PV kürt neuen Generalsekretär



Am 26. und 27. April haben wir in der OSZE das Ende einer langen Ära eingeleitet. Der bisherige Generalsekretär der OSZE-PV Spencer Oliver ist nach 22 Jahren nicht mehr für eine weitere Amtszeit angetreten. Als Nachfolger hat das Präsidium – dem ich als Vizepräsidentin angehöre – den Italiener Roberto Montella (Foto) gewählt. Ich hoffe, dass es Montella gelingen wird, die erfolgreiche Arbeit seines Vorgängers fortzusetzen und die Rolle der Parlamentarische Versammlung der OSZE als wichtigen vermittelnden Akteur in der europäischen Sicherheitspolitik weiter zu stärken. Ein weiteres wichtiges Thema der zweitägigen Sitzung in Kopenhagen war denn auch der Ukraine Konflikt, insbesondere die eskalierende Situation um die Hafenstadt Mariupol.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien
www.christine-muttonen.at